

Horn, Ernst-Jürgen

Article — Digitized Version

Ist die BRD überindustrialisiert?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Horn, Ernst-Jürgen (1976) : Ist die BRD überindustrialisiert?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 56, Iss. 7, pp. 345-350

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134969>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Ist die BRD überindustrialisiert?

Ernst-Jürgen Horn, Kiel

In der wirtschaftswissenschaftlichen und -politischen Diskussion wird in jüngster Zeit häufig die Auffassung vertreten, daß der westdeutsche Industriesektor im Vergleich zu anderen Industriestaaten zu groß ist. Stimmt diese These von der Überindustrialisierung der Bundesrepublik?

Mit dem Begriff Überindustrialisierung kann man sehr unterschiedliche Vorstellungen verbinden, je nachdem, an welchem Referenzsystem der gegebene Industrialisierungsgrad gemessen wird. So wird etwa häufig argumentiert, daß die Industrialisierung am Standort Bundesrepublik Deutschland ein Maß erreicht habe, bei dem die volkswirtschaftlichen Kosten der Agglomeration, zum Beispiel durch die Belastung der Umwelt, bei weitem nicht mehr durch die Erträge aufgewogen würden. Unter weltwirtschaftlichen Gesichtspunkten könnte man die These anführen, daß die „unterindustrialisierten“ — Entwicklungsländer nur dann ihre Industrialisierung, die als Schlüsselfaktor für ihre wirtschaftliche Entwicklung angesehen wird, erfolgreich vorantreiben können, wenn entwickelte Länder wie die Bundesrepublik Deutschland ihren Industrialisierungsgrad zu senken bereit sind, und Produktionen an die Entwicklungsländer abgeben.

Die bekannte Forderung der Entwicklungsländer, durch eine internationale Strukturplanung ihren Anteil an der Weltindustrieproduktion von derzeit 7% auf 25% im Jahre 2000 zu erhöhen, mag zwar unrealistisch erscheinen¹⁾. Auch scheint hinter dieser Forderung die Vorstellung zu stehen, daß es mehr auf eine neue internationale „Verteilung“ der Arbeit zugunsten der Entwicklungsländer denn auf eine verstärkte industrielle Arbeitsteilung zwischen Industrie- und Entwicklungsländern ankommt, um einen angemessenen wirtschaftlichen Fortschritt in den armen Ländern zu ermöglichen — als ob damit zu rechnen wäre, daß dem Wachstum der industriellen Produktion im weltweiten Maßstab betrachtet in absehbarer Zukunft Grenzen gesetzt sein werden, also eine Art Null-Summen-Spiel zur Entscheidung anstünde. Gleichwohl mag, wie auch empirische Untersuchungen gezeigt haben²⁾, eine zunehmende Integration der Entwicklungsländer in die weltwirtschaftliche Arbeitsteilung per Saldo mit einem

gewissen Rückgang der Industriebeschäftigung in den entwickelten Ländern einhergehen.

In der wirtschaftswissenschaftlichen Diskussion zur Frage einer möglichen Überindustrialisierung der westdeutschen Wirtschaft ging es bislang überwiegend um die These, daß die Entwicklung der westdeutschen Produktionsstruktur durch wirtschaftspolitische Maßnahmen zugunsten des Industriesektors — und innerhalb dieses Sektors zugunsten arbeitsintensiver Produktionen — künstlich verzerrt gewesen ist³⁾. Als entscheidende Ursache wird in diesem Zusammenhang die durch die Wechselkurspolitik ermöglichte häufige Unterbewertung der D-Mark in den fünfziger und sechziger Jahren angeführt. Auf diese These konzentriert sich die Analyse der vorliegenden Studie.

Drei-Sektoren-Hypothese

Um feststellen zu können, ob sich in der Vergangenheit eine strukturelle Verzerrung der westdeutschen Wirtschaft herausgebildet hat, muß man die tatsächliche Entwicklung an einem Referenzsystem messen, das sowohl Voraussagen über den immanenten Strukturwandel der westdeutschen Wirtschaft beinhaltet, als auch den Rückwirkungen des weltwirtschaftlichen Strukturwandels Rechnung trägt. Ein solches Referenzsystem für die sektoralen Entwicklungslinien einer Wirtschaft kann die sogenannte Drei-Sektoren-Hypothese abgeben: Ordnet man entwickelte und weniger entwickelte Länder nach der Höhe ihres Entwicklungsniveaus, das man am Pro-Kopf-Einkommen messen kann, so sind deutliche Muster im Strukturwandel zu beobachten⁴⁾. Beschäftigung und Beitrag des

¹⁾ Vgl. H. H. Glismann, P. Juhl, B. Stecher: Ökonomische Implikationen der „Neuen Weltwirtschaftsordnung“, in: Kieler Diskussionsbeiträge, 46, Kiel 1976.

²⁾ Vgl. H. Dicke, H. H. Glismann, E.-J. Horn, A. D. Neu: Beschäftigungswirkungen einer verstärkten Arbeitsteilung zwischen der Bundesrepublik und den Entwicklungsländern, in: Kieler Studien, 137, Tübingen 1976.

³⁾ Vgl. insbesondere K.-W. Schatz: Wachstum und Strukturwandel der westdeutschen Wirtschaft im internationalen Verbund. Analysen und Prognosen, in: Kieler Studien, 128, Tübingen 1975.

⁴⁾ Dieses Muster steht im Einklang mit den Thesen, die schon früher etwa von F. List, A. G. B. Fisher, C. Clark und J. Fourastié vertreten worden sind. Vgl. etwa G. Fels, K.-W. Schatz, F. Wolter: Der Zusammenhang zwischen Produktionsstruktur und Entwicklungsniveau. Versuch einer Strukturprognose für die westdeutsche Wirtschaft, in: Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 106 (1971), Heft 2; G. Fels, K.-W. Schatz: Sektorale Entwicklung und Wachstumsaussichten der westdeutschen Wirtschaft bis 1980, in: Die Weltwirtschaft, 1974, Heft 1.

Dr. Ernst-Jürgen Horn, 31, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Struktur und Weltwirtschaft des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel.

Primärsektors (Land- und Forstwirtschaft, Fischerei) zum Sozialprodukt nehmen — als Anteil gemessen — mit steigendem Entwicklungsniveau stetig ab. Demgegenüber steigt der prozentuale Anteil des Tertiärsektors, der die Dienstleistungsbereiche einschließt, kontinuierlich an.

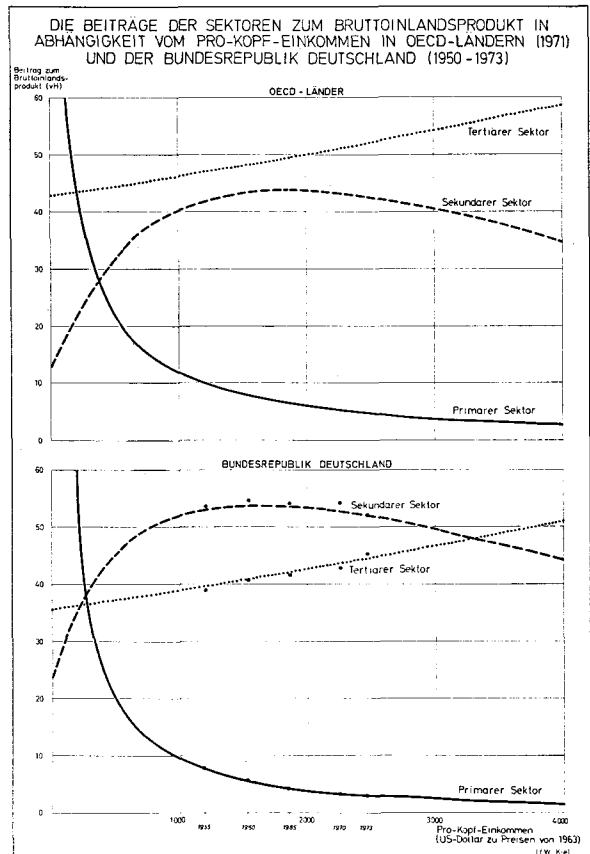
Für die vorliegende Fragestellung ist der Anteil des sekundären Sektors, der die Bereiche Bergbau, Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe und die Energiewirtschaft umfaßt, von besonderem Interesse⁵⁾. Dieser Sektor ist weitgehend industriebestimmt. Im Falle der westdeutschen Wirtschaft entfallen rund 80% der Wertschöpfung dieses Sektors auf das Verarbeitende Gewerbe. Es zeigt sich, daß der prozentuale Anteil des sekundären Sektors bei Wertschöpfung und Beschäftigung zunächst zunimmt und von einem bestimmten Pro-Kopf-Einkommen ab wieder zurückgeht⁶⁾.

Normalstruktur als methodisches Instrument

Sektorale Entwicklungsmuster von Volkswirtschaften lassen sich auch für Unterbereiche der großen Wirtschaftssektoren nachweisen. Empirische Untersuchungen zeigen, daß die Wertschöpfungsbeiträge von Wirtschaftsbereichen und Branchen in der Regel systematisch mit dem Pro-Kopf-Einkommen zusammenhängen⁷⁾. Das Muster, das für einzelne Unterbereiche zu beobachten ist, kann durchaus von dem Muster für den übergeordneten Sektor abweichen. In das grobe Entwicklungsmuster für die großen Sektoren lassen sich etwa die Unterbereiche Baugewerbe und Energiewirtschaft im sekundären Sektor und Handel und Verkehr im tertiären Sektor nur schwer einordnen. Eine stärker differenzierende Betrachtungsweise erweist sich erst recht als notwendig, wenn man den Industriesektor Verarbeitendes Gewerbe in einzelne Branchen aufspaltet. Auf den Strukturwandel innerhalb des Industriesektors wird noch später einzugehen sein. An dieser Stelle bleibt festzuhalten, daß das aufgezeigte Strukturmuster als ein grobes Referenzsystem für die sektoralen Entwicklungslinien einer Wirtschaft dienen kann.

Dieses Normalmuster sollte jedoch nicht als eine Norm in dem Sinne fehlinterpretiert werden, daß es eine erstrebenswerte Entwicklung aufzeigt. Es wird nur als diagnostisches Referenzsystem verwendet, anhand dessen nationale Entwicklungen als singulär oder als generell identifiziert werden können. Auch kann es dazu dienen, zukunftsrelevante Informationen über den Strukturwandel zu gewinnen. Die Normalstruktur beinhaltet nicht eine Zielfunktion, wie häufig mißverständlich kritisiert wird, sondern ist nur ein methodisches Instrument⁸⁾. Dem Normalmuster würde entsprechen,

daß in einem Land auf dem Entwicklungsniveau der Bundesrepublik der Beschäftigten- und Wertschöpfungsanteil des Primärsektors und des industriebestimmten Sekundärsektors sinkt, während der Anteil des Tertiärsektors ansteigt. Hervorzuheben ist, daß sich diese Aussage zunächst nur auf die Richtung des Strukturwandels bezieht.



Das jeweilige Gewicht der einzelnen Sektoren kann auch bei Ländern gleichen Entwicklungsniveaus aufgrund nationaler Besonderheiten durchaus unterschiedlich sein.

Abweichung im Strukturbild

Das Schaubild zeigt, wie sich die Wertschöpfungsanteile der drei großen Sektoren im einzelnen mit

⁵⁾ Der Bergbau wird in der Literatur verschiedentlich auch dem Primärsektor zugeordnet. Für die Aussagen der vorliegenden Studie ist die Eingruppierung dieses Bereichs zu einem der drei großen Sektoren letztlich nicht von Belang.

⁶⁾ Die aufgezeigten strukturellen Entwicklungslinien ließen sich auch für die Regionen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft nachweisen. Vgl. D. Biehl, E. Hubmann, S. Schneider: Zur regionalen Einkommensverteilung in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, in: Die Weltwirtschaft, 1972, Heft 1.

⁷⁾ Vgl. G. Fels, K.-W. Schatz, F. Wolter, a. a. O.

⁸⁾ Vgl. G. Fels, K.-W. Schatz, a. a. O.

wachsendem Pro-Kopf-Einkommen verschieben⁹⁾. Die Kurven in der oberen Hälfte des Schaubildes beruhen auf der Regressionsschätzung für eine Querschnittsstichprobe von OECD-Ländern. Die Kurven in der unteren Hälfte des Schaubildes sind anhand einer Zeitreihenregression für die westdeutsche Wirtschaft gewonnen worden. An diesen Strukturbildern erscheint vor allem bemerkenswert, daß die westdeutsche Wirtschaft im relevanten Bereich des Pro-Kopf-Einkommens stets einen höheren Anteil des sekundären und einen niedrigeren Anteil des Primär- und des Tertiärsektors aufweist, als es dem Normalmuster entspricht.

Diese Abweichung im Strukturbiid hat wahrscheinlich eine konstitutionelle und eine wirtschaftspolitische Komponente¹⁰⁾. Die konstitutionelle Komponente besteht vor allem darin, daß das Gebiet der Bundesrepublik innerhalb des Deutschen Reiches schon vor dem Zweiten Weltkrieg relativ industrieintensiv war. Zudem bietet dieser Raum der Industrie dank seiner zentralen Lage in Westeuropa auch heute ausgezeichnete industrielle Standortbedingungen, die wohl auch in Zukunft gegeben sein werden. Soweit aus diesen Gründen die westdeutsche Wirtschaft einen relativ großen Industriesektor aufweist, dürfte dies auch in Zukunft erhalten bleiben.

Unterbewertung der D-Mark

Anders verhält es sich mit der wirtschaftspolitischen Komponente. Die lang anhaltende Unterbewertung der D-Mark hat dem Industriestandort Bundesrepublik künstliche Wettbewerbsvorteile verschafft. Seit Ende der sechziger Jahre ist der Außenwert der westdeutschen Löhne schrittweise entzerrt worden. Dieser Faktor dürfte den internen Strukturwandel verstärken.

Dabei muß man allerdings in Rechnung stellen, daß die weltwirtschaftliche Hochkonjunktur vor der zurückliegenden Rezession, die sich in einem – aufgrund der Wechselkursanpassungen unerwarteten – Exportboom für die westdeutsche Wirtschaft niederschlug, den strukturellen Anpassungsprozeß zunächst verzögert haben dürfte. In der zurückliegenden Weltrezession ist die westdeutsche Industrie aber auch stärker getroffen worden als die Industrie anderer Länder. Die vergangene Exportrezession und die sich im Aufschwung vergleichsweise zögernd belebenden Exporte deuten auf einen Prozeß der Struktur-anpassung im Bereich der Industrie hin.

Viele Industriebranchen zeigen bereits seit Anfang der siebziger Jahre Strukturschwächen, die in der Rezession von 1974/75 verstärkt zutage getreten sind. Auslösende Faktoren waren teils eine

⁹⁾ Die Kurvenverläufe des Schaubildes wurden übernommen aus G. Fels, K.-W. Schatz, a. a. O.

schwache inländische Nachfrageentwicklung und teils eine verstärkte Importkonkurrenz auf den heimischen Märkten, vor allem von seiten der Anbieter aus den sogenannten Niedrig-Lohn-Ländern, bzw. eine nachlassende Wettbewerbsfähigkeit auf den Weltmärkten. Beide Faktoren betrafen einzelne Branchen nicht selten zugleich. Diese Entwicklungen legen die Vermutung nahe, daß der Industriesektor in der Bundesrepublik seinen Höhepunkt überschritten hat.

In der westdeutschen Wirtschaft scheint sich damit endgültig, wenn auch verspätet, das „Normalmuster“ des Strukturwandels durchzusetzen. Der relative Rückgang des sekundären Sektors hatte lange auf sich warten lassen. Während der Wertschöpfungsbeitrag der Industrie im Durchschnitt aller Industrieländer seit Mitte der fünfziger Jahre an Bedeutung verlor, nahm er in der Bundesrepublik sogar noch leicht zu. Dabei handelt es sich nicht etwa um einen Nachholprozeß. Denn schon 1956 betrug der Anteil in der Bundesrepublik rund 41 % gegenüber nur 33 % im Durchschnitt aller Industrieländer¹¹⁾; in den sechziger Jahren hat sich dieser Abstand noch vergrößert.

Günstige industrielle Standortbedingungen

Die Bundesrepublik war also lange Zeit ein außerordentlich günstiger industrieller Standort, bedingt vor allem durch die häufige Unterbewertung der D-Mark¹²⁾. Auf der einen Seite schlug sich dies in einer Verzerrung der Kapitalströme nieder. Die Auslandsinvestitionen der westdeutschen Industrie blieben hinter denen vergleichbarer Länder zurück¹³⁾. Die Unternehmen haben sich statt dessen stärker auf die Ausfuhr von im Inland produzierten Gütern konzentriert. Zugleich attrahierte die Bundesrepublik in hohem Maße industrielle Direktinvestitionen aus anderen Ländern, mit denen ein Import modernster Technologie aus dem Ausland einherging. Statt in stärkerem Maße Technologien selbst zu produzieren, wie man es bei einem Land auf dem Entwicklungsniveau der Bundesrepublik hätte erwarten können, und Kapital und Technologien zu exportieren, hat die Bundesrepublik in großem Umfang Arbeitskräfte, Kapital und Technologien importiert¹⁴⁾.

¹⁰⁾ Vgl. H. Giersch, K.-W. Schatz: Wie die Wirtschaft weiterwachsen kann, in: Blick durch die Wirtschaft vom 24. Juli 1975.

¹¹⁾ Vgl. G. Fels, K.-W. Schatz, F. Wolter: Sektoraler Strukturwandel im weltwirtschaftlichen Wachstumsprozeß, in: Die Weltwirtschaft, 1970, Heft 1.

¹²⁾ Vgl. G. Fels, E.-J. Horn, K.-W. Schatz: Der internationale Preiszusammenhang: Die Performance seit 1969 (unveröffentlichtes Manuskript, Kiel, Oktober 1973).

¹³⁾ Vgl. J. P. Agarwal, J. B. Donges, E.-J. Horn, A. D. Neu: Übertragung von Technologien in Entwicklungsländer, in: Kieler Studien, 132, Tübingen 1975.

¹⁴⁾ Zu einer ausführlichen Analyse dieser Zusammenhänge, die an dieser Stelle nur angesprochen werden können, vgl. E.-J. Horn: Technologische Neuerungen und internationale Arbeitsteilung: die Bundesrepublik Deutschland im internationalen Vergleich, in: Kieler Studien, 139; im Druck.

Tabelle 1

Relative Position der Faktoreinkommen des Verarbeitenden Gewerbes im Vergleich zur übrigen Wirtschaft, Beitrag des Verarbeitenden Gewerbes zum Bruttoinlandsprodukt und Beschäftigte im Verarbeitenden Gewerbe

(1962 bis 1975)

Jahr	Relat. Position der Faktoreinkommen des Verarbeitenden Gewerbes a)	Beitrag des Verarbeitenden Gewerbes zum Bruttoinlandsprodukt (% b)	Beschäftigte im Verarbeitenden Gewerbe (% c)
1962	100	42,0	37,7
1970	98,7	42,2	38,7
1971	94,9	41,0	38,4
1972	93,4	40,0	37,9
1973	94,2	40,3	38,0
1974	91,3	39,3	37,7
1975	87,3	37,4	36,8

a) Sogenannte Double Factoral Terms of Trade; b) ab 1968 korrigiert um die Differenz aus Vorsteuerabzug auf Investitionen und Investitionssteuer; c) in % der im Inland Erwerbstätigen.

Quelle: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Daß die industriellen Standortbedingungen lange Zeit außerordentlich günstig gewesen sind, hat auf der anderen Seite bewirkt, daß die westdeutsche Industrie – bei einem nur mäßigen Strukturwandel – vornehmlich in die Breite gewachsen ist¹⁵⁾. Viele traditionelle und arbeitsintensive Produktionsbereiche, die zudem noch in besonderem Maße durch Handelsschranken geschützt werden, konnten sich nicht zuletzt auch dank der wechselseitigen Abschirmung vor der Importkonkurrenz recht gut auf den heimischen Märkten behaupten – und nicht selten sogar noch auf den Auslandsmärkten vordringen.

Trend zum Dienstleistungssektor

Seit das internationale Wechselkursgefüge Ende der sechziger Jahre in Bewegung geriet, ist die Unterbewertung der D-Mark nach und nach abgebaut worden. Im Zuge dieses Prozesses haben sich zunehmend die internen und weltwirtschaftlichen Triebkräfte des Strukturwandels, die in der Vergangenheit durch die Unterbewertung der D-Mark zurückgestaut worden waren, auswirken können. Erste deutliche Reaktionen im Strukturbild der westdeutschen Wirtschaft sind bereits erkennbar. Seit 1970 ist der Industrieanteil bei Beschäftigung und Wertschöpfung nahezu kontinuierlich gesunken, von 38,7 % bzw. 42,2 % auf 36,8 % bzw. 37,4 % im Jahre 1975 (vgl. Tabelle 1)¹⁶⁾.

¹⁵⁾ Vgl. insbesondere K. - W. S c h a t z , a. a. O.

¹⁶⁾ In jüngster Zeit scheint sich auch in der Bilanz der – industriebestimmten – Direktinvestitionen eine nachlassende Attraktivität des Industriestandortes Bundesrepublik abzuzeichnen. Nach den vom Bundesministerium für Wirtschaft veröffentlichten Angaben deutet sich 1974/75 eine neue Entwicklung an. Die ausländischen Direktinvestitionen in der Bundesrepublik fielen – pro Jahr gerechnet – auf den niedrigsten Stand der letzten zehn Jahre. Demgegenüber ist bei den deutschen Direktinvestitionen im Ausland weiterhin ein nahezu kontinuierlicher Anstieg zu verzeichnen.

Entgegen dem Muster aller früheren Aufschwungsphasen hat sich der Industrieanteil im – wenn auch vergleichsweise schwachen – Konjunkturaufschwung 1972/73 kaum erhöht. Der sehr starke Rückgang im Jahre 1975 mag allerdings auch mit dadurch bedingt sein, daß die Rezession das Verarbeitende Gewerbe besonders schwer getroffen hat, und könnte sich insoweit im neuen Aufschwung zunächst teilweise wieder zurückbilden.

Das Gegenstück zur Entwicklung im Industriebereich bildet der Trend hin zum Dienstleistungssektor, der sich seit 1970 verstärkt fortgesetzt hat. 1970 stammten erst 43 % des Bruttoinlandsprodukts aus dem Dienstleistungssektor, 1975 waren es bereits fast 50 %. Gemessen an den Vereinigten Staaten, wo bereits 1971 fast 64 % der Wertschöpfung vom Dienstleistungssektor erzielt wurden und nur rund 25 % von der Industrie, hat die Bundesrepublik allerdings erst die ersten Schritte auf dem weiten Weg von der Industrie- zur Dienstleistungswirtschaft unternommen.

Tabelle 2

Pro-Kopf-Einkommen und Beitrag des Verarbeitenden Gewerbes zum Bruttoinlandsprodukt in OECD-Ländern

(1963 und 1973)

Land	Pro-Kopf-Einkommen a) (US-\$)		Beitrag des Verarbeitenden Gewerbes zum Bruttoinlandsprodukt (%)	
	1963	1973	1963	1973
Australien	1745	4965	23,59	20,99 b)
Belgien	1489	4651	30,70	29,98
Dänemark	1691	5523	28,97	26,41
Bundesrepublik Deutschland	1676	5614	41,15	40,39
Finnland	1419	3714	23,38	35,32
Frankreich	1743	4904	36,13	35,37 c)
Griechenland	548	1888	14,16	17,48 b)
Irland	790	2132	28,38 d)	28,12 d)
Island	1746	4875	13,89	10,68
Italien	974	2511	24,54	26,23
Japan	710	3755	34,33	35,13
Jugoslawien	372	991	26,19	27,89
Kanada	2288	5447	23,15	20,13
Luxemburg	1711	5207	36,42	38,68 b)
Niederlande	1206	4489	32,53	28,24 c)
Norwegen	1586	4922	24,90	21,78
Österreich	1112	3549	36,38 e)	34,78 e)
Portugal	343	1247	28,03	30,57
Schweden	2339	6133	25,53	26,57
Schweiz	1991	6194	.	.
Spanien	514	1748	25,32	28,16 f)
Türkei	251	539	15,93	20,58
Vereinigte Staaten	3151	6267	28,01	25,26
Vereinigtes Königreich	1583	3096	29,67	27,11

a) Bruttoinlandsprodukt je Einwohner, in laufenden Preisen und umgerechnet zu laufenden Wechselkursen; b) 1972; c) 1971; d) Verarbeitendes Gewerbe einschließlich Bergbau, Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwirtschaft sowie Baugewerbe; e) Verarbeitende Industrie einschließlich Bergbau; f) Verarbeitende Industrie einschließlich Bergbau, Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwirtschaft.

Quelle: OECD: National Accounts of OECD Countries, Paris, 1974, Jgg.; eigene Berechnungen.

Die Bundesrepublik hat immer noch wie kein anderes Land Ressourcen im Industriesektor gebunden (vgl. Tabelle 2). Dieser Sektor steht im Mittelpunkt des Strukturwandels, weil er in erster Linie von den Verschiebungen in der internationalen Arbeitsteilung betroffen ist und weil sich der Trend zur Dienstleistungsgesellschaft gegen ihn richtet. Die Ursachen dieses Strukturwandels sind sowohl nachfrage- als auch angebotsbedingt. Die Nachfrage verschiebt sich mit steigendem Entwicklungsniveau von den Industriewaren hin zu Dienstleistungen. Was die Angebotsseite betrifft, so verändern sich im Wachstumsprozeß die Knappheitsrelationen der Produktionsfaktoren. Sachkapital und Ausbildungskapital werden im Vergleich zu einfacher Arbeit reichlicher und damit relativ billiger. Es lohnt sich zunehmend, kapitalintensivere, arbeitssparende Produktionstechniken einzusetzen. Ferner steigt die Arbeitsproduktivität in der Industrie rascher als im Dienstleistungssektor, was entsprechende Strukturverschiebungen auslöst. Für eine offene Volkswirtschaft ist zudem von Belang, daß sich im Wachstumsprozeß die Struktur der komparativen Kostenvor- und -nachteile wandelt. Die Industrieproduktion, die stärker als die tertiäre Produktion der internationalen Konkurrenz ausgesetzt ist, gerät bei steigendem Entwicklungs- und Lohnniveau leicht unter Anpassungszwang. Das Tempo dieses Strukturwandels ist seit Ende der sechziger Jahre durch die Exporterfolge der Entwicklungsländer nachhaltig verstärkt worden¹⁷⁾.

Konjunkturelle Phasenverschiebung

Gegen die These, daß interne und außenwirtschaftliche Triebkräfte des Strukturwandels durch die Unterbewertung der D-Mark zurückgestaut worden waren und die strukturellen Anpassungen seit Anfang der siebziger Jahre entscheidend durch den Abbau der Unterbewertung beeinflusst worden sind, scheint auf den ersten Blick zu sprechen, daß die Exportlastigkeit der westdeutschen Wirtschaft noch in den Jahren 1973 und 1974, vor dem Einbruch in der Exportrezession des Jahres 1975, ein zuvor nicht gekanntes Ausmaß erreichte. Hierzu ist folgendes anzumerken. Die — trotz der Exportschwächen einzelner Branchen — insgesamt sehr starke Expansion der westdeutschen Ausfuhr beruhte vor allem auf einer konjunkturellen Phasenverschiebung zwischen In- und Ausland. Während im Inland der Aufschwung im Frühjahr 1973 durch geld- und fiskalpolitische Maßnahmen scharf gebremst wurde, hielt in den meisten Ländern der Boom bis ins Jahr 1974 hinein an. Dank gedämpfter Inlands- und Importnachfrage und weiter expandierender Auslandsnachfrage bildeten sich vorübergehend — absorptionsbedingt — extrem hohe außenwirtschaftliche Überschüsse heraus.

Wie empirische Untersuchungen zutage gefördert haben¹⁸⁾, bewirkten die Aufwertungen zunächst vor allem, daß die unterschiedlichen Preissteigerungsraten der Vergangenheit zwischen der Bundesrepublik und ihren Partnerländern ausgeglichen wurden. Wählt man als Basis die Jahre 1962 oder 1965 — in diesen Jahren herrschte annähernd außenwirtschaftliches Gleichgewicht —, so stiegen bis 1974, also nach der Freigabe der Wechselkurse 1973, die Dollarpreise der deutschen Exporte in etwa so stark wie die der Exporte der Konkurrenzländer. Ein ähnliches Bild zeigt sich, wenn man die Preise der westdeutschen Importe mit denen der heimischen Imports substitutionsgüter vergleicht. Mit anderen Worten: Für die Außenhandelsbereiche hat die Wechselkursanpassung lediglich bewirkt, daß der reale Wechselkurs sich wieder auf dem Niveau von vor gut zehn Jahren eingependelt hat.

Veränderte Einkommensposition

Dieses Ergebnis widerspricht auf den ersten Blick der These, daß seit Anfang der siebziger Jahre die Unterbewertung schrittweise abgebaut worden ist. Ein Vergleich mit den binnenwirtschaftlichen Relationen zeigt jedoch, daß sich der Abbau der Unterbewertung weniger in einem veränderten Preisgefüge auf den internationalen Märkten — hier hat sich lediglich der internationale Preiszusammenhang durchgesetzt — auswirkte als vielmehr in einer veränderten Einkommensposition des Industriesektors im Vergleich zur übrigen Wirtschaft (vgl. Tabelle 1). Diese Relation ist nach dem Konzept der „Double Factoral Terms of Trade“ gemessen worden, in dem neben den Preisrelationen auch die Produktivitätsrelationen zwischen den zu vergleichenden Wirtschaftseinheiten berücksichtigt werden. Nach dieser Meßziffer hat sich die relative Einkommensposition der westdeutschen Industrie im Vergleich zur übrigen Wirtschaft seit 1970 im Zuge des Abbaus der Unterbewertung der D-Mark kontinuierlich und nachhaltig verschlechtert. Diese Verschlechterung der relativen Einkommensposition des Industriesektors steht ganz im Einklang mit seinem relativen Schrumpfen. Die außenwirtschaftliche Entwicklung hat sicherlich nachhaltig zu diesem Prozeß beigetragen.

Betrachtet man die aufgezeigten Entwicklungslinien zusammengenommen, so läßt sich die eingangs gestellte Frage wie folgt beantworten: Gemessen am erreichten Entwicklungsniveau war die Bundesrepublik in der Vergangenheit überindustrialisiert und ist es gegenwärtig wohl auch noch, wenn auch das konkrete Ausmaß nur schwer abzuschätzen ist, da man die sogenannte „konstitutionelle“ Komponente des vergleichsweise hohen

¹⁷⁾ Vgl. H. Dicke, H. H. Glismann, E.-J. Horn, A. D. Neu, a. a. O.

¹⁸⁾ Vgl. G. Fels: Weltwirtschaftliche Arbeitsteilung und Strukturwandel in der Bundesrepublik Deutschland (Manuskript, Kiel, April 1975).

Industrialisierungsgrades nicht kennt. Der Schrumpfungsprozeß des Industriesektors wird sich voraussichtlich weiter fortsetzen, während der tertiäre Dienstleistungssektor weiter expandieren wird¹⁹⁾.

Mögliche Wachstumseffekte

Von dem Trend zur Dienstleistungswirtschaft werden häufig negative Rückwirkungen auf die zukünftigen Wachstumsaussichten befürchtet, insbesondere weil die reale Arbeitsproduktivität in der Industrie schneller steigt als in den übrigen Sektoren. Wenn man aber Wachstum als Wohlfahrtssteigerung interpretiert, so ist die These vom negativen Wachstumseffekt eines sinkenden Industrieanteils auch für eine geschlossene Volkswirtschaft keineswegs zwingend. Zwar mögen die expandierenden Dienstleistungsbereiche ein niedrigeres Produktivitätsniveau und/oder einen geringeren Produktivitätsfortschritt aufweisen als die schrumpfende Industrie und die angesprochenen Strukturverschiebungen insoweit einen geringeren realen gesamtwirtschaftlichen Anstieg der Arbeitsproduktivität bedingen. Unter diesen Bedingungen würde jedoch ein künstlich forciertes Industriebeschäftigungswachstum zwar einen höheren Anstieg der realen gesamtwirtschaftlichen Arbeitsproduktivität, aber nicht notwendig auch mehr Wohlfahrt mit sich bringen, da eine derartige Entwicklung den Präferenzen der Wirtschaftssubjekte zuwiderliefe.

Für eine offene Volkswirtschaft ist die These vom negativen Wachstumseffekt eines sinkenden Industrieanteils noch weniger zwingend. Werden in der heimischen Industrie Arbeitsplätze durch vermehrte Importe obsolet, dann können andererseits Industriebereiche expandieren, die komparative Kostenvorteile besitzen und international besonders wettbewerbsfähig sind. Zum anderen kann der tertiäre Sektor expandieren, der zum Teil selbst komparative Kostenvorteile besitzt und zunehmend in die weltwirtschaftliche Arbeitsteilung

¹⁹⁾ Ein beachtliches Potential an Strukturwandel könnte in Zukunft zusätzlich virulent werden, wenn es gelänge, das in seinen weltwirtschaftlichen Implikationen und internen volkswirtschaftlichen Kosten beispiellose Protektionssystem des Gemeinsamen Europäischen Agrarmarktes nachhaltig zu reformieren. Im Agrarsektor der westdeutschen Wirtschaft sind immerhin noch rund 8% der Beschäftigten gebunden, die weniger als 3% zur Wertschöpfung beitragen. Von einer Reform auf diesem Gebiet sind auch Rückwirkungen auf den Industriesektor, namentlich auf die Nahrungs- und Genußmittelindustrie, zu erwarten.

integriert wird und zum Teil auch Vorleistungen für die Industrie bereitstellt und dort komparative Kostenvorteile eröffnet. Die internationale Dimension des Strukturwandels kann es ermöglichen, daß ein sinkender Industrieanteil durchaus mit einem positiven Wachstumseffekt, gemessen als Anstieg der realen Inlandsverfügbarkeit von Gütern und Dienstleistungen, einhergehen kann. Selbst die konventionell gemessenen Wachstumseffekte eines sinkenden Industrieanteils in Form der Entwicklung der realen gesamtwirtschaftlichen Arbeitsproduktivität sind – wie empirische Studien belegen²⁰⁾ – keineswegs notwendig systematisch negativ.

Änderungen in der Industriestruktur

Die Schrumpfung des Industriesektors wird mit tiefgreifenden Wandlungen innerhalb der Industrie einhergehen. Im Zuge der Aufwertungen der D-Mark und des Lohnkostenanstiegs der letzten Jahre ist zutage getreten, daß die westdeutsche Wirtschaft bei vielen arbeitsintensiven oder standardisierten Industriewaren komparative Vorteile verloren hat, sich aber bei forschungs- und ausbildungskapitalintensiven Waren recht gut behaupten konnte²¹⁾. Dies steht im Einklang mit der Beobachtung, daß die Bundesrepublik inzwischen nach der Anpassung der Wechselkursrelationen zu den Ländern mit dem höchsten Außenwert der Löhne auf der Welt zählt, nachdem sie Mitte der sechziger Jahre noch im Mittelfeld der Industrieländer rangiert hatte.

Vermutlich steht also die westdeutsche Industrie in bezug auf ihre komparativen Kostenvorteile in der internationalen Arbeitsteilung vor einer neuen Situation: Wenn sie längerfristig ihre Position auf den Weltmärkten verteidigen will, muß sie mehr und mehr in die Rolle eines Exporteurs von Technologien oder „intelligenter“ Produkte hineinwachsen. Dieses Muster des außenwirtschaftlich bedingten Strukturwandels innerhalb des Industriesektors steht durchaus im Einklang mit den durch die unterschiedlichen Einkommenselastizitäten der Nachfrage nach industriellen Produkten bedingten internen Mustern des Strukturwandels.

²⁰⁾ Vgl. G. Fels, K.-W. Schatz, a. a. O.

²¹⁾ Vgl. E.-J. Horn, a. a. O.

KONJUNKTUR VON MORGEN

Der vierzehntäglich erscheinende Kurzbericht des HWWA - Institut für Wirtschaftsforschung - Hamburg über die Binnen- und Weltkonjunktur und die Rohstoffmärkte

VERLAG WELTARCHIV GMBH - HAMBURG